

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

01.04.2019

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142245

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung am Donnerstag, 07.03.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:47 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnahmeverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 - öffentlicher Teil**
0054/2019
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2018**
0008/2019
- 6 **Städtepartnerschaftliche Aktivitäten**
0076/2019
- 7 **Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach**

0106/2019

- 8 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2017**
0090/2019
- 9 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2018**
0091/2019
- 10 **Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt**
0086/2019
- 11 **Wirtschaftsplan 2019 der GL Service gGmbH**
0543/2018
- 12 **IX. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach für die Vergabe von Bauleistungs-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen**
0092/2019
- 13 **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0063/2019
- 14 **Reorganisation Bürgerbüro**
0089/2019
- 15 **Benennung einer Straße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1521 – Diepschrather Weg**
0030/2019
- 16 **V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0081/2019
- 17 **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach, hier: Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH**
0007/2019
- 18 **Anträge der Fraktionen**
- 18.1 **Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle**
0093/2019
- 19 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode und stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die Sitzung hätten sich Herr Buchen, Herr Haasbach (beide CDU-Fraktion) und Herr Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt, die durch Herrn Kraus, Frau Münzer (beide CDU-Fraktion) und Herrn Weber (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vertreten würden. Zudem sei Herr Schütz nicht anwesend. Frau Bischoff (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 1) an der Sitzung teil.

Von Seiten der Verwaltung sei Herr Widdenhöfer (FB 3) entschuldigt, der durch Herrn Cürten vertreten werde.

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Urbach:

Die Einladung vom 22.02.2019 mit den dazugehörigen Vorlagen – in diesem Fall ohne Anlage zur Tagesordnung, da keine der Vorlagen in einem Fachausschuss hätten vorberaten werden müssen,

das Gutachten als Anlage zur Vorlage Nr. 0106/2019 – Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach (TOP Ö 7 der heutigen Sitzung), das in der Vorlage als Anlage zur Vorlage angekündigt worden, aber der Einladung zur heutigen Sitzung nicht beigefügt gewesen sei; es sei allen Mitgliedern des Rates als ergänzende Unterlage mit der Einladung zur Sitzung des Rates übersandt worden sowie

eine ergänzende Unterlage zu TOP Ö 10 – Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt (Vorlage Nr. 0086/2019) als Tischvorlage. Die darin dargestellten Änderungen solle der Haupt- und Finanzausschuss bei der Abgabe seiner Beschlussempfehlung berücksichtigen.

Herr Urbach stellt dar, dass in der heutigen Sitzung auch eine Nachfolgebesetzung für Frau Schlich als seine Stellvertretung in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH beraten werde, bevor sie im Rat zur Entscheidung gestellt werde. Er weise darauf hin, dass in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 12.03.2019 auch die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates SEB AöR sowie des Aufsichtsrates BELKAW GmbH aufgenommen worden seien. Für die Wahlen zur Besetzung dieser beiden Gremien sei keine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen, da sie im Hare-Niemeyer-Verfahren zu besetzen seien, falls keine einheitlichen Wahlvorschläge zu Stande kämen. Eine Vorberatung mit Vor-Wahl im Haupt- und Finanzausschuss würde jedoch bei Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens zu von der Wahl im Rat abweichenden Ergebnissen führen, weshalb diese beiden Vorlagen nicht in den Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung hätten eingebracht werden können – analog zu dem in der konstituierenden Ratsitzung praktizierten Wahlverfahren. Der Ablauf des Verfahrens sei in den Vorlagen, die der Ratseinladung beigefügt seien, detailliert dargestellt.

Der Personalrat der Stadtverwaltung habe hinsichtlich der Vorlage Nr. 0106/2019 – „Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach“ – Mitwirkungsrechte geltend gemacht. Zur Vermeidung eines Rechtsstreits und im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit ziehe die Verwaltung die Vorlage von den Tagesordnungen der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses

ses sowie des Rates zurück. Nach erfolgter formaler und materieller Beteiligung des Personalrates werde die Vorlage wieder eingebracht.

Auf die Frage Herrn Urbachs, ob hierzu Einvernehmen bestehe, erfolgt keine Wortmeldung.

Damit fasst der Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich folgenden **Beschluss** und **empfiehlt** dem Rat damit gleichzeitig eine entsprechende Beschlussfassung:

Die Vorlage Nr. 0106/2019 – Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach – wird von der Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.03.2019 abgesetzt.

Herr Waldschmidt fragt, warum der Tagesordnungspunkt N 5 – Übernahme zweier Bürgschaften zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) – nicht öffentlich beraten werde, obwohl z.B. der Wirtschaftsplan der Gesellschaft, die eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach sei, immer öffentlich beraten werde.

Herr Urbach antwortet, dass Bürgschaftsangelegenheiten nach den Vorgaben der Geschäftsordnung nicht öffentlich zu beraten seien.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 - öffentlicher Teil *0054/2019*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2018 *0008/2019*

Herr Waldschmidt berichtet, der SPD-Fraktion sei aufgefallen, dass an Reisen in Partnerstädte der Stadt Bergisch Gladbach ausschließlich Ratsmitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion teilgenommen hätten. Er fragt, wie der Bürgermeister diese Auswahl getroffen habe.

Herr Urbach antwortet, dies werde in Anbetracht der begrenzten Mittel unter Berücksichtigung der Größen der Fraktionen entschieden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe darauf hingewiesen, dass es für Ratsmitglieder durchaus interessant sein könnte, auf eigene Kosten an diesen Reisen in Partnerstädte teilzunehmen. Er werde daher künftig alle Fraktionen auf diese Reisen aufmerksam machen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Städtepartnerschaftliche Aktivitäten
0076/2019

Herr Urbach berichtet, dass sich die chinesische Stadt Zhangjiagang tendenziell für eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Bergisch Gladbach interessiere. Im vergangenen Jahr habe eine Delegation aus Zhangjiagang die Stadt Bergisch Gladbach besucht und es sei nun eine Einladung an die Stadt Bergisch Gladbach ausgesprochen worden, die Stadt Zhangjiagang mit einer Wirtschaftsdelegation zu besuchen, wozu sich die Verwaltung bereits mit der Industrie- und Handelskammer darüber austausche, welche Unternehmen Interesse hätten, sich an einer solchen Reise zu beteiligen – zwei Unternehmer hätten bereits Interesse bekundet. Vor allem auf Grund der Thematiken „Menschenrechte“ und „Pressefreiheit“ habe die Stadt Bergisch Gladbach Kontakt zum Bereich Städtepartnerschaften der Stadt Köln aufgenommen, der empfohlen habe, sich weiter mit einer möglichen Städtepartnerschaft zu befassen.

Herr Zalfen bewertet das Vorhaben als äußerst interessant und dankt allen engagierten Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der beeindruckenden Zahl von Veranstaltungen beteiligt bzw. diese organisiert hätten. Er hoffe, dass sich dieses große bürgerschaftliche Engagement fortsetzen werde.

Herr Klein fragt, wer entscheide, welche städtepartnerschaftlichen Aktivitäten stattfinden.

Herr Urbach antwortet, die städtepartnerschaftlichen Aktivitäten würden vor Allem von Komitees, Vereinen und Unterstützerguppen erfüllt, die die Programmpunkte aufstellen würden.

Auch Frau Lehnert dankt allen Beteiligten für das eingebrachte, beeindruckende Engagement.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Überblick zu den städtepartnerschaftlichen Aktivitäten in 2018 wird zur Kenntnis genommen; die für 2019 geplanten Maßnahmen werden gebilligt.

7. Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach
0106/2019

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2017
0090/2019

Herr Klein fragt betreffend den aufgeführten „Mehrbedarf wegen Beraterkosten für das SMART-Projekt“, ob dieser Mehrbedarf in dem Gesamtaufwand des Projektes in Höhe von ca. 100.000 EUR enthalten sei oder ob sich der Gesamtaufwand entsprechend erhöhe.

Herr Stein antwortet, die Angabe beziehe sich auf das Haushaltsjahr 2017 und sei nicht in den von Herrn Klein angeführten Gesamtkosten aus der weiter zurückliegenden Vergangenheit enthalten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2018
0091/2019

Frau Schundau fragt, um welche Umlegungsverfahren es sich bei der überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung „Minderwertausgleich Umlegungsverfahren (Mehrbedarf auf Grund anhängiger Umlegungsverfahren)“ handele.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. **Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt**
0086/2019

Herr Waldschmidt erläutert, der I-Auftrag I-76014305 „Erneuerung Straßenbeleuchtung“ tauche immer wieder auf; vorliegend werde ein Betrag von ca. 6,5 Mio. EUR übertragen und auch in vergangenen Jahren seien Millionenbeträge übertragen worden. Er fragt, worin dies begründet sei.

Herr Urbach antwortet, das Projekt habe sich immer wieder verzögert, da teilweise auch habe nachgearbeitet werden müssen, was wiederum zu Verzögerungen bei den Auszahlungen geführt habe.

Herr Waldschmidt fragt, ob davon auszugehen sei, dass die nun übertragenen Mittel auch im Jahr 2019 verausgabt würden.

Herr Urbach antwortet, diese Frage könne voraussichtlich in der Ratssitzung mündlich beantwortet werden.

Herr Zalfen fragt betreffend die I-Aufträge I-37518001 bis I-45028032, welche und wie viele Gegenstände von den hohen Gesamtsummen der beweglichen Sachen unter 410 EUR erfasst seien. Er verweist beispielhaft auf den I-Auftrag I-40028010 „Sanierung SZ Saaler Mühle/Einrichtung“.

Herr Stein antwortet, dabei handele es sich um die Ausstattung der Schulgebäude, die er spontan im Detail nicht darstellen könne. Er könne den Fachbereich 4 bitten, zur Ratssitzung eine grobe Übersicht zur Verfügung zu stellen.

Herr Krell äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Die Größenordnung der Übertragungen im investiven Bereich erzeuge allerdings eine Reihe von Fragen. Er fragt, ob es zutrefte, dass damit ein erheblicher Anteil des geplanten Investitionshaushaltes übertragen werde. Er sehe in Anbetracht dessen keine Verbesserungen im Projektmanagement, das im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mehrmals diskutiert worden sei. Dieses Thema müsse aus seiner Sicht wieder aufgenommen werden.

Herr Klein kommt zu dem Schluss, dass die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vor diesem Hintergrund dem Beschlussvorschlag gerade nicht zustimmen könne. Er fragt betreffend den I-Auftrag I-49513322, um welche beweglichen Sachen es sich bei der Erneuerung der Stadionbeleuchtung handeln solle. Hierzu sei ihm auch nicht bekannt, was an dieser Stelle geplant sei, ob die Stadionbeleuchtung z.B. ausschließlich das Spielfeld, die Tribünen oder auch das Umfeld des Stadions beleuchte. Betreffend das Produkt 09.610.2 fragt er, um welche städtebaulichen Rahmenpläne es sich hierbei handele und wie die Summe zu Stande komme.

Herr Urbach antwortet, es werde diesbezüglich in der Vorlage auf das InHK Bensberg verwiesen. Die Fragen würden zur Ratssitzung beantwortet. Er bitte die Ratsmitglieder, derartige Fragen künftig rechtzeitig vor der Sitzung an die Verwaltung zu richten, damit sie in der Sitzung beantwortet werden könnten.

Frau Lehnert fragt betreffend die als Tischvorlage vorgelegte ergänzende Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt, nach Ihrer Kenntnis würden die Kulturstrolche nahezu ausschließlich aus Spenden finanziert, weshalb sie die Ermächtigungsübertragung nicht nachvollziehen könne.

Herr Schäfer antwortet, die Verwaltung müsse Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen separat ausweisen. Vorliegend werde ein separat darzustellender Aufwand übertragen, dem ein Spendenertrag in gleicher Höhe gegenüberstehe.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird unter Berücksichtigung der in der Tischvorlage dargestellten Änderungen zugestimmt.

11. Wirtschaftsplan 2019 der GL Service gGmbH
0543/2018

Herr Henkel äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Er bittet darum, Wirtschaftspläne für das kommende Jahr spätestens im Dezember des laufenden Jahres zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Krell bittet um Darstellung der Ergebnisrechnung für den wirtschaftlichen Bereich der Gesellschaft, insbesondere Kantinen, Cafeteria und City-Service, die in Wettbewerb zu privaten Anbietern stünden.

Herr Kuhlen antwortet, der Mensabetrieb habe eine große Bedeutung innerhalb der Gesellschaft und man habe in diesem Bereich derzeit große Schwierigkeiten, da bei einer Vergütung von 2,80 EUR bis 3,00 EUR pro Essen kein Gewinn, sondern eher Verlust erwirtschaftet werden könne. Die Gesellschaft hinterfrage daher derzeit, ob sich der Mensabetrieb wirtschaftlich aufstellen lasse. Der City-Service sei ein sehr kleiner Bereich, mit dem die Gesellschaft Dienstleistungen (Stadtreinigung und handwerkliche Unterstützung für den Immobilienbetrieb) für die Stadt erbringe.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stelle, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 19.12.2018 den Wirtschaftsplan 2019 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Der Wirtschaftsplan 2019 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

12. IX. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach für die Vergabe von Bauleistungs-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen
0092/2019

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung habe zwischenzeitlich redaktionelle Korrekturbedarfe an dem Entwurf des IX. Nachtrags der Vergabeordnung festgestellt; vor Allem müssten einige Ziffern in ihrer Nummerierung angepasst werden. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „Die Verwaltung wird ermächtigt, vor Inkrafttreten der Vergabeordnung notwendige redaktionelle Änderungen in die Vergabeordnung einzuarbeiten.“

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderung der Vergabeordnung. Die Verwaltung wird ermächtigt, vor Inkrafttreten der Vergabeordnung notwendige redaktionelle Änderungen in die Vergabeordnung einzuarbeiten.

13. Offenhalten von Verkaufsstellen
0063/2019

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

14. Reorganisation Bürgerbüro
0089/2019

Herr Stein ergänzt hinsichtlich des Ladenlokals der BELKAW, eine mögliche Aufgabe des Ladenlokals durch die BELKAW sei derzeit eine von mehreren dort intern diskutierten Handlungsoptionen, über die noch nicht abschließend entschieden worden sei. So lange die BELKAW das Ladenlokal betreibe, wäre eine Mitnutzung durch die Stadt grundsätzlich denkbar. Ob dies mit vertretbarem technischen Aufwand möglich wäre, werde derzeit noch vertieft geprüft. Die BELKAW würde allerdings nicht von der Stadt verlangen, nach einer möglichen Aufgabe des Standortes das Ladenlokal zu kaufen oder komplett anzumieten. Über diese Fragen wäre zu einem späteren Zeitpunkt mit einem zukünftigen Eigentümer oder Gesamtmietler ergebnisoffen zu sprechen. Es wäre grundsätzlich sicherlich kein großes Problem, ein Ladenlokal für das mobile Bürgerbüro zu finden. Es gehe allerdings um eine Fortsetzung der bisherigen Angebote, also um eine stundenweise und nicht dauerhafte Präsenz. Hierfür ein Ladenlokal dauerhaft zu mieten, wäre aus Sicht der Verwaltung wirtschaftlich nicht vertretbar, weshalb man nach wie vor nach Möglichkeiten suche, wie bisher ohne oder zu geringen Mietkosten das Angebot in Bensberg und Refrath fortführen zu können. Bisher habe die Verwaltung noch keine Lösung gefunden, die praktisch und wirtschaftlich umsetzbar wäre.

Herr Höring erläutert, es sei der CDU-Fraktion wichtig, den Service des mobilen Bürgerbüros in beiden Stadtteilen aufrecht zu erhalten, und dies werde auch Kosten verursachen. Betreffend den Punkt 1.1 der Vorlage – Ladenlokal Siebenmorgen 7 – sei der CDU-Fraktion noch nicht ersichtlich, warum eine Miete von 12,50 EUR/qm für einen Teil der Fläche aus Sicht der Verwaltung wirtschaftlich nicht vertretbar wäre, wenn es ohnehin geplant sei, einen Großteil des Ladenlokals für maximal 10,56 EUR/qm für eine Großtagespflege zu mieten. In Bensberg solle verstärkt über die Möglichkeit einer Kooperation mit der Stadtteilbücherei nachgedacht werden, für die die Stadt ohnehin Miete zahle. Der Mietvertrag laufe zum Ende des nächsten Jahres aus, und wenn in diesem Jahr ein neues Konzept für die Stadtbücherei und die Fortführung dezentraler Standorte zu beraten sei, könne die Stadtteilbücherei in Bensberg mit dem mobilen Bürgerbüro kombiniert werden, ohne dass zusätzliche Mietkosten entstünden.

Herr Stein weist darauf hin, dass er den Ratsmitgliedern mit der Niederschrift eine ausführliche Bewertung betreffend das Ladenlokal Siebenmorgen 7, die ihm vor einigen Tagen zugegangen sei, übermitteln werde. Es gehe im Kern um die Frage, inwiefern die Stadt bereit wäre, sich ökonomisch intensiver als bisher zu engagieren. Die Ausführungen zur Stadtteilbücherei Bensberg nehme die Verwaltung auf.

Herr Krell regt an, verstärkt einen digitalen Service umzusetzen. Er fragt, welche Pläne hierzu bestünden. Die Aussage, dass im Rathaus Bensberg kein Bürgerbüro eingerichtet werden könne, sei für ihn nicht nachvollziehbar und er bitte hierzu um nähere Erläuterung.

Herr Urbach antwortet, dass das Rathaus Bensberg für eine Unterbringung grundsätzlich geeignet wäre, aber von der Verwaltung vollständig belegt sei. Z.B. hätten im Bereich Hochbau vier Stellen, die schon mit dem Stellenplan 2018 beschlossen worden seien, erst jetzt besetzt werden können, nachdem durch Umzüge im Haus die dafür benötigten Arbeitsplätze hätten eingerichtet werden können.

Herr Möller ergänzt, die Frage, welche digitalen Services derzeit vorbereitet würden, werde schriftlich beantwortet.

Herr Kleine weist darauf hin, dass der digitale Service insbesondere für ältere Menschen Grenzen habe und deshalb nicht zu intensiv fokussiert werden sollte.

Frau Münzer fragt, ob die Räumlichkeiten des ehemaligen Bürgerbüros im Rathaus Bensberg mittlerweile auch anderweitig belegt seien.

Herr Urbach antwortet, diese Räume würden durch die Verwaltung als Büros genutzt und könnten daher für eine Unterbringung des Bürgerbüros nicht verfügbar gemacht werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. Benennung einer Straße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1521 – Diepeschrather Weg
0030/2019

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Planstraße im Gebiet des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – erhält den Namen Diepeschrather Wiese.

16. V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0081/2019

Frau Lehnert weist darauf hin, die Verwaltung führe in der Vorlage aus, dass nach § 23 Absatz 2 Friedhofsatzung der Stadt Bergisch Gladbach die Grababräumung Pflicht der Angehörigen bzw. des Nutzungsberechtigten sei, so dass diese Kosten nicht auf die Gesamtheit der Nutzungsberechtigten umgelegt werden dürfen. Die CDU-Fraktion bitte die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit es – z.B. durch Änderung des § 23 Absatz 2 Friedhofsatzung – möglich wäre, die Kosten für Grababräumungen auf die Gebühren zum Erwerb vom Nutzungsrechten umzulegen, da sich gezeigt habe, dass ansonsten oft niemand mehr für die Kosten einer Grababräumung herangezogen werden könne. Zudem bitte sie um Prüfung der Möglichkeit einer Satzungsregelung, nach der die Verwaltung ermächtigt werde, nach erfolgloser Mahnung und Fristsetzung Grabumfassungen verwahrloster Gräber zu entfernen, Rasen einzusäen und diesen dann zusammen mit den Wegen zu mähen.

Herr Urbach antwortet, er fürchte, dazu müssten die Gebühren komplett neu kalkuliert werden.

Herr Orth äußert die Unterstützung dieser Prüfaufträge durch die SPD-Fraktion. Zudem trete mit dem vorliegenden Satzungsentwurf bei einigen Gebührentatbeständen eine Verdoppelung der Gebührenhöhe ein, was auch darin begründet sei, dass ein zu großer zeitlicher Abstand seit der letzten Gebührenkalkulation verstrichen sei. Die SPD-Fraktion fordere daher gemeinsam mit der CDU-Fraktion die Verwaltung auf, Friedhofgebührenkalkulationen ab sofort spätestens alle fünf Jahre vorzulegen.

Herr Henkel bekräftigt die Ausführungen von Frau Lehnert. Da nach Aussage des Bürgermeisters die Gebühren dann neu zu kalkulieren wären, schlage er vor, die Änderungssatzung heute zu beschließen, aber die Verwaltung mit den bezeichneten Prüfungen zu beauftragen und damit, in einer der nächsten Sitzungen erneut eine Satzungsänderung vorzulegen.

Auch Frau Schundau unterstützt die Ausführungen Frau Lehnerts und schlägt eine Vertagung der Vorlage vor.

Herr Urbach schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung zu stellen und die vorgetragenen Anregungswünsche zu prüfen, um dann baldmöglichst eine VI. Änderungssatzung vorzulegen.

Dies hält Herr Waldschmidt für nicht nachvollziehbar. Da die letzte Änderung der Gebührensatzung bereits zehn Jahre zurückliege, solle die Vorlage vertagt werden.

Herr Urbach fragt, ob er die Ausführungen als Vertagungsantrag werten solle, was von zahlreichen Ausschussmitgliedern bestätigt wird.

Gegen den gemeinsamen Antrag, die Vorlage zu vertagen, stimmen FDP, mitterechts und Bürgermeister. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses stimmen für den Vertagungsantrag.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst damit mehrheitlich folgenden, von dem Beschlussvorschlag der Vorlage abweichenden **Beschluss** und **empfiehlt** dem Rat damit gleichzeitig eine entsprechende Beschlussfassung:

Die Vorlage Nr. 0081/2019 – V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach – wird vertagt.

17. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach, hier: Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH 0007/2019

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Frau Beate Schlich wird als persönliche Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH, Herrn Lutz Urbach, abberufen und Herr Sascha Inderwisch wird als persönliche Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH, Herrn Lutz Urbach, bestellt.

18. Anträge der Fraktionen

18.1 Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle 0093/2019

Herr Krell nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und fragt, wann die zentrale Vergabestelle in Anbetracht der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung eingerichtet werden solle. Er sei überzeugt, dass eine zentrale Beschaffungsstelle erhebliche Einsparungen realisieren könne.

Herr Urbach antwortet, die zentrale Vergabestelle könne erst eingerichtet werden, wenn die dafür von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellen zur Verfügung stünden. Dies habe die Verwaltung auch bei der Beratung des Stellen- und des Haushaltsplanes und der diesbezüglichen Anträge dargestellt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder für den öffentlichen Teil der Sitzung vor, der von Herrn Urbach um 17:40 Uhr geschlossen wird.